

## FWG Hochtaunus

---

Teilnehmer: C. Kasri (Tagesmutter), S. Maiwald (Kindertagespflege MOBILE e.V.), Franz.-P. Jakob (Kindertagespflege MOBILE e. V).

Andreas Bernhard (OBG), Georg Braun (OBG)

Fraktion: K. Birk-Lemper, H. Haibach, H. Herber, R. Hohmann, Dr. Müllerleile und A. Schmallenbach

Ad 01: Die Fraktionssitzung begann um 19.30 Uhr, in der Stadthalle in Oberursel, Herr Herber eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste zum Thema/Tagesordnungspunkt „Tagesmütter“. Die Gäste stellen sich vor, die anderen Teilnehmer werden von Herrn Herber vorgestellt.

Ad 02: Grund für die Einladung der Gäste zu diesem Thema war der Protest von Betroffenen während der Kreistagssitzung im Dezember 2011, als dort ein Tagesordnungspunkt die Erhöhung des „Elternanteils“ (v. € 1,30 auf 1,70 €) für den Betreuungsbeitrag (je Std.) war, den der Hochtaunuskreis beisteuert.

Ad 03: Die Gäste stellen den Verein Kindertagespflege Mobile e. V. vor und betonen, dass sich die Betreuung durch Tagesmütter inzwischen auf einem qualitativ „hohen Level“ bewegt und durchaus mit der Betreuung in einer Kita gleichzustellen ist. Der Aus- und Weiterbildungsstandard bewege sich zwischenzeitlich „durchaus Richtung Fachhochschule“.

Ad 04: Allerdings sei diese Erhöhung des Elternbeitrages eine weitere Benachteiligung, denn Plätze in Kindergärten/Kindertagesstätten würden von den Städten und Gemeinden weitaus stärker subventioniert und seien damit für Eltern letztendlich preiswerter als die Betreuung der Kinder durch Tagesmütter und dieses Verhältnis würde sich jetzt noch weiter zu Ungunsten der Tagesmütter verändern.

Ad 05: Herr Dr. Müllerleile weist auf die sehr unterschiedlichen Argumente hin und Herr Herber ergänzt dazu, man habe „sich auf die Ausführungen des Kreisausschusses verlassen“. Entscheidend sei letztlich die Frage gewesen „was das kostet“ und damit eine reagieren auf die steigenden Kosten. Denn der Hochtaunuskreis hat keinerlei finanzielle Spielräume mehr und wird alle weiteren Belastungen über die Kreisumlage auf die Städte und Gemeinden abwälzen – aber selbst bei der Kreisumlage ist ja (mit der letzten Erhöhung) zwischenzeitlich die Höchstgrenze erreicht.

Ad 06: Herr Herber erklärt dazu außerdem, dass die Fraktion der FWG Hochtaunus, als „kleine Fraktion“, mit 5 Mitgliedern im Kreistag – natürlich „keine Bäume ausreißen“ kann und allenfalls über Argumente eben die Unterstützung anderer Fraktionen erreichen kann - aber welche Argumente wären das?

Ad 07: Herr Dr. Müllerleile und Herr Braun sprechen dazu ihre Sichtweise an und argumentieren vor allem damit, dass die Betreuung der „U3-Kinder“ (Kinder unter drei Jahren) durch Tagesmütter (die ja maximal 5 Kinder betreuen dürfen), von den Eltern gerne

in Anspruch genommen wird. Die „Familiensituation“ entspricht dem Alter der Kinder, die Betreuung ist (in der Regel) flexibler möglich und das trifft nicht nur auf die Ansprüche der Eltern zu – sondern eben auch auf die weitaus geringere Belastung der Städte und Gemeinden. Es müsse z. B. nicht „immer mehr gebaut werden“ um Räumlichkeiten zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Ad 08: Es geht jetzt noch einmal um die durch den Beschluss im Kreistag veränderten „finanziellen Rahmenbedingungen“. Bei einer Betreuung an 20 Arbeitstagen im Monat und einer Betreuung über 8 Std. je Tag – geht es um 160 Std. im Monat. Bisher mussten die Eltern dafür 208.- € an den Hochtaunuskreis zahlen – zukünftig wären es 272.- € und damit ist es eine rd. 30%ige Erhöhung. Der Hochtaunuskreis zahlt seinerseits (unverändert) an die Tagesmütter 3,20 € je Betreuungsstunde. Selbstverständlich zahlen die Eltern direkt an die Tagesmütter zusätzlich einen (unterschiedlichen) Betrag je Std. (ca. 4.- bis 6.- €). Man kann sich also leicht ausrechnen, dass hier die finanziellen Belastungen der Eltern für die Betreuung ihrer Kinder sehr erheblich sind (und sich in manchen Fällen alleine daraus die Unmöglichkeit für Mütter ergibt berufstätig zu sein/zu bleiben).

Ad 09: Es wird darauf hingewiesen, dass die Belastung für Eltern in Bad Homburg – auch dann, wenn sie ihre Kinder durch Tagesmütter betreuen lassen – deutlich niedriger ist.

Ad 10: Frau Birk-Lemper weist darauf hin, dass Tagesplätze auch für die Betreuung von U3-Kindern in den Kindergärten/Kindertagesstätten durchaus vorhanden sind und sie sollten dann ja auch „nicht leerstehen“ – sondern für die Städte und Gemeinden sei es wichtig, dass die vorhandenen Kapazitäten auch genutzt würden.

Ad 11: Es wird argumentiert, dass sich für Tagesmütter – unter den jetzt durch den Beschluss des Kreistages veränderten Bedingungen – oft die Betreuung „nicht mehr rechnet“, denn viele seien gezwungen die zusätzliche Belastung der Eltern „abzufangen“, indem sie die Eltern entsprechend (durch eigenen Lohnverzicht) entlasten.

Ad 12: Herr Dr. Müllerleile argumentiert nochmals mit den Überkapazitäten, die aufgebaut würden und die aufgrund der demoskopischen Entwicklung in einigen Jahren dann leer stehen – bzw. mit weiterem erheblichem finanziellen Aufwand dann einer anderen Nutzung zugeführt werden müssten. Frau Birk-Lemper erklärt, dass man sich z. B. darauf in Neu-Anspach „bereits vorbereitet“. Es geht in der Diskussion auch darum, ob man nicht bei der Betreuung „2 Klassen schafft“. Die Kinder, die von Tagesmüttern betreut werden, die „dürfen nicht viel kosten“ – während die Plätze in Kindergärten/Kindertagesstätten immer stärker subventioniert werden und bereits jetzt ungleich teurer sind. Dr. Müllerleile meint dazu, dass die Städte und Gemeinden diese Aufwendungen strikt begrenzen müssen, dies fordere die finanzielle Situation.

Ad 13: Da die Erhöhung z. Zt. „bei den Eltern noch nicht wirklich angekommen ist“ (sie wird dort erst mit einer Zeitverzögerung wirksam“ bleibt noch abzuwarten, wie die Eltern dann unmittelbar reagieren. Wenn Eltern auf anderen Einrichtungen ausweichen, dann kostet es die Städte und Gemeinden „das 10-fache“ - wenn Elternteile (in der Regel sind es ja nach wie vor die Mütter) deswegen auf eine/ihre Berufstätigkeit verzichten (müssen), dann ist das ein gesellschaftliches Problem, denn es verschlechtert sich dadurch ihre spätere Altersversorgung und sie fehlen letztendlich auch als Arbeitskräfte (was ja auch zu einem niedrigeren Bruttosozialprodukt führt).

Ad 14: Herr Herber meint, dass er – ganz konkret – z. Zt. keine Chancen sieht, den vom Kreistag gefassten Beschluss aufzuheben bzw. zu verändern und das mache natürlich die

ganze Situation sehr schwierig. Er macht auch deutlich, dass z. B. der Wetteraukreis bei diesem Thema „einen ganz anderen Weg geht“ – der Wetteraukreis „setzt auf die Tagesmütter“ und es sei ein Problem, dass es letztlich dazu überhaupt keine einheitlichen Regelungen gibt.

Ad 15: Es wird – dies ist sicher – allerdings auch zu einer Erhöhung der Kindergartenbeiträge für die Eltern kommen (müssen) – was dann sicher wieder zu „mehr Chancengleichheit“ führen kann. Andererseits gibt es auch Gemeinden wo – z. B. wie in Grävenwiesbach bisher keine Ganztagsbetreuung für U3-Kinder möglich ist (dort nur bis max. 14.00 Uhr) und wo Eltern dann unter Umständen völlig auf die Alternative der Betreuung durch eine Tagesmutter angewiesen sind.

Ad 16: Diskutiert wird, ob es nicht wenigstens möglich ist, die vom Kreistag beschlossene Erhöhung zu reduzieren (z. B. auf 1,50 €)?

Ad 17: Herr Haibach fragt noch mal danach – wie hoch die finanzielle Belastung der Eltern - insgesamt – ist, wenn sie ihr Kind durch eine Tagesmutter betreuen lassen? Es stellt sich die Frage nach den „sinnvollen Ergänzungen“ durch verschiedene Angebote?

Ad 18: Karin Birk-Lemper stellt die Frage, wie hoch die Fluktuation bei den Tagesmüttern ist? Wie viele gehen evtl. dann doch wieder „in ihren Beruf“ zurück oder sie ziehen um – oder sie hören ganz auf? Dazu wird von den Gästen darauf hingewiesen, dass das Angebot an Betreuung durch Tagesmütter durchweg steigt, nicht nur was die Anzahl der Plätze angeht – sondern vor allem, was die Qualifikation der Tagesmütter angeht (im Moment müssen Tagesmütter im Rahmen ihrer Ausbildung „160 Ausbildungseinheiten“ nachweisen).

Ad 19: Herr Braun macht noch mal nachdrücklich klar, dass es ja bei den Plätzen für die Betreuung von U3-Kindern immer auch nicht nur um einmalige Investitionen (z. B. in Gebäude) geht – sondern vor allem auch um die damit verbundenen Folgekosten (Betriebskosten) und das gerade Oberursel aus seiner Sicht deshalb „auf Tagesmütter setzen muss“. In Oberursel gibt es z. B. z. Zt. 39 Tagesmütter.

Ad 20: Herr Herber macht deutlich, dass es auf keinen Fall „zu einer Konkurrenzsituation kommen darf und kommen kann“ und das man darüber hinaus auch die finanzielle Situation im Kreis – aber auch die der Städte und Gemeinden beachten muss.

Ad 21: Herr Herber bedankt sich bei den Gästen für die Informationen und Anregungen und er macht deutlich, dass sich die Fraktion der FWG weiter mit dem Thema beschäftigen wird, um sich dann gegebenenfalls wieder mit ihnen in Verbindung zu setzen.

Ad 22 – es folgen die fraktionsinternen Besprechungen.

26. Februar 2012/A. S.